



Nahe am Ausgang

Euro-Krise Griechenland steht kurz vor der Pleite. Die Retter sind am Limit. Dreht der IWF den Geldhahn zu, stürzt das Kartenhaus zusammen.

ARMIN MÜLLER

Monatelang durchforsteten sie die Kreditdaten einer grossen griechischen Bank. Am Ende staunten die Forscher aus den USA nicht schlecht. Ihre Ergebnisse zeigten, dass der durchschnittliche Selbstständigerwerbende in Griechenland 82 Prozent seines Monatseinkommens für Zinszahlungen ausgibt. Ärzte, Anwälte, Finanzberater, Treuhänder und Gastronomen geben sogar mehr für Schuldzinsen aus, als sie gemäss Steuererklärung verdienen. Die Bank hatte ihre Kredite offensichtlich nicht aufgrund der deklarierten, sondern aufgrund einer Schätzung der wahren Einkommen vergeben.

Auf der Basis dieser Bankdaten schätzten Nikolaos Artavanis, Adair Morse und Margarita Tsoutsoura von den Universitäten Chicago und Virginia die Steuerhinterziehung der griechischen Selbstständigen für 2009 auf 28 Milliarden Euro – das entspricht 31 Prozent des griechischen Haushaltsdefizits in diesem Jahr.

Dieses Geld fehlt der griechischen Regierung dringend. Seit Montag prüfen die Vertreter der Troika – EU-Kommission, Europäische Zentralbank (EZB) und Internationaler Währungsfonds (IWF) – in Athen die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Landes. Sie untersuchen, wie die im Hilfsvertrag vereinbarten Reformen, Einsparungen und Privatisierungen umgesetzt werden. Bei den Steuereinnahmen ist jetzt schon klar, dass die Ziele weit verfehlt wurden.

Das Reformprogramm ist entgleist

Ein positiver Bericht der Troika ist Voraussetzung, dass die Euro-Zone und der IWF die Auszahlung der nächsten Kredit-

tranche aus dem zweiten Hilfspaket in Höhe von gut 31 Milliarden Euro freigeben. Das Geld hätte schon längst fließen sollen. Weil die Reformen im Frühling ins Stocken gerieten, hielt die Troika die Auszahlung der Tranche bisher zurück.

Das Land befindet sich in einer schweren Rezession. «Der Privatsektor hat kaum mehr Zugang zu Krediten», sagt Anastasios Frangulidis, Chefökonom der Zürcher Kantonalbank. Die nächste Hilfstranche wäre unter anderem für die dringend nötige Rekapitalisierung der Banken vorgesehen. Die Steuereinnahmen sind eingebrochen, die Privatisierungen kommen nicht voran. Frangulidis hält das Reformprogramm für «entgleist», weil die Regierung wegen der Neuwahlen blockiert war. «Das Programm ist von der Bahn geraten», bestätigt René Weber, Schweizer Exekutivdirektor beim IWF. «Der Finanzierungsbedarf ist durch diese Tatsache erheblich gestiegen», hält er weiter fest. Der IWF wird diese Lücke nicht schliessen, das wird am Ende die Euro-Zone übernehmen müssen.

Die griechische Regierung überbrückte das Finanzloch im Sommer mit einem Trick. Sie emittierte kurzfristige Schuldpapiere und verkaufte sie an griechische Banken. Diese beschafften sich das Geld dafür bei der griechischen Notenbank, und diese wiederum bei der Europäischen Zentralbank. Die EZB akzeptiert seit einigen Monaten keine griechischen Staatsanleihen mehr als Sicherheit. Deshalb wichen die Griechen auf ELA-Kredite aus, ein geldpolitisches Notstandsinstrument, über das nationale Notenbanken der Euro-Zone ihren Finanz-

sektor mit Krediten versorgen können. Der Staat verschuldet sich also bei Banken, und diese bei der Notenbank, für die letztlich wiederum der überschuldete Staat haftet.

Eigentlich benötigt Griechenland ein drittes Hilfsprogramm. Doch da macht Deutschland nicht mit, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits signalisiert hat. Auch der IWF steht nicht zur Verfügung. «Ich sehe nicht, wie diese Klippe übersprungen werden kann», sagt Jan Amrit Poser, Chefökonom der Bank Sarasin.

Der IWF steckt gleich mehrfach im Dilemma. Seine Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Griechenland waren regelmässig viel zu optimistisch, wie Harvard-Ökonom Dani Rodrik kürzlich nachwies. Legt man die Statuten des Fonds eng aus, hätte er beim Rettungspaket für Griechenland von Anfang an nicht mitmachen dürfen. Seine Kernaufgabe ist Kredithilfe an Mitglieder mit Zahlungsbilanzproblemen, die mit ihrer schwachen Währung Mühe haben, die Auslandsschulden zu begleichen. Das trifft auf Griechenland nicht zu. Es ist Teil einer Währungsunion mit stabiler Währung; die Euro-Zone gehört zu den reichsten Regionen der Welt – das ist Neuland für den Fonds.

Die bittere Medizin des IWF

Neu ist auch die Grössenordnung. Im ersten Hilfspaket vom Mai 2010 sicherte der IWF Griechenland 30 Milliarden Euro zu, im zweiten 28 Milliarden. Bei früheren IWF-Programmen und in grösseren Ländern war es noch um vergleichsweise be-



scheidene Summen gegangen: In der Asienkrise 1997/98 um 4 Milliarden Dollar in Thailand, um 15 in Indonesien und um 21 in Südkorea. Russland hatte 1998 11 Milliarden und Argentinien 2001 22 Milliarden Dollar Kredit erhalten.

In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern ist die bittere Medizin noch unvergessen, die der IWF den armen Ländern in Krisen jeweils verabreichte. Damals zwang der IWF harte Sparprogramme auf und drehte den Geldhahn zu, sobald die Reformziele verfehlt wurden – ohne Rücksicht auf die Folgen für die Bevölkerung. Vor der Finanzkrise wich er nie von seinem Spardogma ab.

In jüngster Zeit jedoch publizierten Ökonomen des IWF mehrere Untersuchungen, die den Erfolg der Sparpolitik in Zweifel ziehen, wenn sich das Land bereits in einer Rezession befindet. Sie könne in solchen Fällen selbstzerstörerisch wirken – ein überraschender Schluss für eine Institution, die es gewohnt ist, Hilfszusagen an Sparziele zu knüpfen.

In Griechenland spielt der IWF das Zünglein an der Waage. Er darf gemäss Statuten nur Kredite gewähren, wenn die Schuldenlast tragbar, das Land also zah-

lungsfähig bleibt. «Eine nüchterne Analyse würde wohl ergeben, dass das bei Griechenland nicht mehr der Fall ist», sagt Jan-Amrit Poser. Kommt die Troika zum gleichen Schluss, müsste der Fonds die Hilfe stoppen. Damit wäre Griechenland schon Ende Oktober pleite. Es müsste auf eine neue Währung umstellen, um Löhne und Renten zahlen zu können.

IWF-Chefin Christine Lagarde steht intern unter Druck. In ein Fass ohne Boden dürfte der IWF kein Geld mehr stecken. Laut «Wall Street Journal» droht der IWF bereits mit der Einstellung der Hilfszahlungen, sollte es nicht zu einem weiteren Schuldenerlass kommen. Weil mittlerweile ein grosser Teil der griechischen Staatsanleihen bei der EZB liegt, müsste diese mitmachen und auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten. Dies käme jedoch einer Finanzierung von Staatsschulden gleich, was die Statuten verbieten.

Anastassios Frangulidis ist zuversichtlich, dass es diesmal trotzdem noch einmal gut geht. «Die Troika wird der neuen Regierung wohl eine Chance geben.» Etwas Spielraum könnte ein Passus im

Hilfsvertrag bieten, der gewisse Anpassungen bei konjunkturbedingten Verschlechterungen zulässt.

Doch die Zeit läuft den Griechen davon. Schon im Januar, wenn die nächsten Rückzahlungen fällig werden, ist ein erneuter Engpass absehbar. «Dann wird es noch schwieriger», fürchtet Frangulidis.

GRIECHENLAND

Entscheid nicht vor Mitte Oktober

Weitere Hilfe Die griechische Regierung muss ein Sparprogramm für 2013 und 2014 in Höhe von voraussichtlich über 11 Milliarden Euro durchs Parlament bringen. Die Troika untersucht neben der Umsetzung des Reformprogramms auch die Glaubwürdigkeit dieser Sparpolitik. Ihr Bericht sollte Anfang Oktober vorliegen. Im IWF muss der Exekutivrat eine Weiterführung der Griechenland-Hilfe formell absegnen. Die Euro-Zone könnte den Entscheid am Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 18./19. Oktober fällen.